

metall



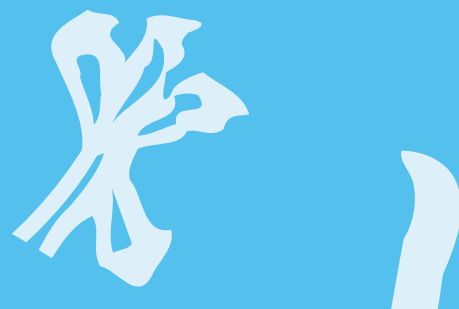
Nr. 8

August 2005
Jahrgang 57
D 4713

D a s M o n a t s m a g a z i n

Bundestagswahl 2005

Die soziale Republik vor dem Absturz?



Interview

Jürgen Peters zur Wahl

Monatsökonom

Der Irrsinn der Reformen

Falle für Arbeitslose

metall-Titel 6/2005: Hartz IV und die Folgen

► Mich hat das Schicksal des Kollegen Hennek sehr aufgeregt: Der Kollege wohnt für 342 Euro auf 70-Quadratmeter-Wohnfläche – das ist doch schon unglaublich preiswert. Wie billig soll man denn noch wohnen, damit man seine Leistungen nicht gekürzt bekommt? Wie weit wollen die Verantwortlichen denn noch gehen? Wieviel Würde bleibt denn den Arbeitslosen? Und wann nimmt diese Regierung den Arbeitslosen den Rest, der ihnen noch für ein menschenwürdiges Leben bleibt?

Peter Schneider, Berlin

► Die Fälle, die Sie in dem Artikel schildern zeigen, wohin sich ein Sozialstaat und seine Bürokratie entwickeln kann.

Martin Peter, Hamburg

Bundeskanzler Schröder sollte selbst mal einen Monat vom Arbeitslosengeld leben. Dann würde er vielleicht mehr Realitätssinn bekommen.

Traurig, traurig, traurig.

Sabine Weber, Stuttgart

Fette Gewinne

metall 6/2005: So arbeiten Finanzinvestoren.

► Es widerspricht doch jeder Logik, dass Großkonzerne mit fetten Gewinnen, nur noch mit Blick auf die Börse, Tausende von Menschen auf die Straße setzen und sie in den sozialen Ruin treiben. Was kümmert sie das Schicksal dieser Millionen von Arbeitslosen, wenn sie auf Kosten von Arbeitsplätzen ihre Gewinne steigern?

Franz Korneth, Metzingen

► Bei den genannten Fällen wird deutlich, dass man bei den Finanzinvestoren wie KKR doch besser von Finanzspekulanten sprechen sollte. Wenn diese Beispiele das Ergebnis der Schaffung neuer unternehmerfreund-

licher Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft sind, dann sehe ich für die Zukunft dunkel-schwarz. Kein Unternehmen und keine Volkswirtschaft kann so etwas überleben.

Peter Medger, Dresden

Notwendige Kritik

metall 6/2005: Interview mit Franz Müntefering

► Im Zeitalter der neoliberalen Marktwirtschaft hilft auch keine aufgelegte Kuscheldecke mehr. Auch die seelischen Streicheleinheiten kommen zu spät.

Werner Klaus, Bremen

► Kapitalismuskritik ist richtig und notwendig, ist aber keine Erfindung Münteferings. Er reagiert auf die zunehmenden

Diskussionen in der Bevölkerung dazu. Immer mehr Leute suchen eine positive gesellschaftliche Alternative – auch darüber muss in den Gewerkschaften diskutiert werden.

Birgit Schumann, Vertrauensfrau bei Hella in Recklinghausen

► Auch das neue Heft ist wieder Spitze. Ich freue mich besonders, dass Ihr die Kapitalismuskritik noch mal aufgenommen habt. Aber auch in dem Interview mit Müntefering kommt dieser nicht zum Kern des Problems. Ich habe dazu ein Interview in der »sueddeutsche.de« am 19. Mai gegeben, das ein riesiges Echo gefunden hat. Ausgedrückt stand es im Mittelpunkt von Diskussionen auf einem IG Metall-Seminar in Inzell und einer Verdi-Veranstaltung in Berlin.

Klaus Peter Kisker, Berlin



Foto: Jürgen Effner

Hartz IV: Wer muss die Suppe nun eigentlich auslöffeln?

Solidarität global

metall 6/2005: Volkssport Verlag

► Sehr gut, dass ihr über den Protest der Beschäftigten von Conti bei der Hauptversammlung am 12. Mai berichtet habt. Es ist wirklich gut und bemerkenswert, dass IG Metall und IG BCE es geschafft haben, gemeinsam zu demonstrieren. Ihr habt aber was wichtiges vergessen zu erwähnen: An der Protestveranstaltung haben auch Conti-Belegschaftsvertreter aus USA und Mexiko teilgenommen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist es unerlässlich, auch gewerkschaftliche Solidarität zu globalisieren. Und deshalb ist es nicht nur eine Frage der Höflichkeit, die ausländischen Gäste zu erwähnen. Wenn wir künftig erfolgreich sein wollen, sind wir auf internationale Solidarität angewiesen.

Stephan Krull, Wolfsburg

Einprägsame Comics

metall 5/2005: Peter Bofinger über das Standortgejammer

► Peter Bofinger hat Recht. Allerdings verkennt er einen Aspekt. Das neoliberale Gejammer über den Standort Deutschland ist lediglich Mittel zum Zweck. Es dient alleine als Druckmittel zur Umverteilung öffentliche Gelder. Eine Sachdiskussion ist gar nicht gewollt. Das zeigen Gruppen wie die

Initiative Neue (keine) Soziale Marktwirtschaft mit ihren einfachen, aber einprägsamen Comicbildern auf Stimmungsmache gehen.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-2445, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg, Antonela Pelivan, Gabriele Prein,

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: derzeit Birgit Büchner
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 061 51-89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-2224, Fax 069-6693-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Druck: APM AG, Kleyerstraße 3, 64259 Darmstadt.



Für Sehbehinderte

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Editorial

Die Qual der Wahl

► Das diesjährige Sommerloch findet nicht statt. Die Neuwahl ist das Sommerthema. Wer sie gewinnt oder wer sie verliert wird sich am 18. September zeigen. Nur eins steht jetzt schon fest: Die Menschen haben die derzeitige Politik satt. Sie wollen Alternativen. Gerade auch junge Menschen wie die Porträts von vier Jugendvertretern auf Seite 16 und 17 zeigen.

► Die IG Metall hat Alternativen. Und sie will sich einmischen in den Wahlkampf. Nicht mit einer Wahlempfehlung. Aber mit der Diskussion um andere politische Lösungen, um gerechtere, sozialere Möglichkeiten diese Republik zu gestalten. Die Vorschlägen der IG Metall wie Bürgerversicherung, Einheitssteuer, Nachfragean-kurbelung, flexible Arbeitszeiten sowie soziale Mindeststandards sollten wieder stärker Eingang in die Politik finden. Und gerade der Wahlkampf ist ein guter Zeitpunkt, diese Alternativen, die die IG Metall in ihrem Arbeitnehmerbegehren vor-schlägt, öffentlich zu diskutieren. Denn: Jedes einzelne Mitglied ist ein Multipli-kator für unsere Alternativen, sagt der Erste Vorsitzende Jürgen Peters im Inter-view auf Seite 8 und 9.

► Die Redaktion hat in dieser **metall**-Sonderausgabe die Wahlprogramme der Parteien unter die Lupe genommen. Wie stehen die Parteien zu Themen wie Mitbestimmung, Tarifaufonomie, Kündigungsschutz, steuerfreie Schichtzuschläge oder Elterngeld? Die Ergebnisse sind erschreckend. Doch deshalb nicht wählen zu gehen, wäre der falsche Weg. Denn Wahlenthaltung nutzt vor allem denen, die man nicht will.

Die Redaktion

Interview

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, über das Arbeitnehmerbegehren der IG Metall und warum es falsch ist, nicht zu wählen.
Seite 8



Foto: Markus Kirchgeßner



Illustration: Klaus Espermüller

Die Programme der Parteien

Eine Analyse über die Themen Mitbestimmung, Tarifaufonomie, Zulagebesteuerung, Kündigungsschutz, Elterngeld sowie der Sozialpolitik.

Seiten 7 bis 15



Foto: RDB / Sonntagsblick / Balz Rigdinger

Monatsökonom

Der Schweizer Werner Vontobel sagt, dass es völliger Unsinn ist, den Gürtel immer enger zu schnallen.

Seite 20

Magazin

Leserbriefe	2
Impressum	2
Editorial	3
Berufsbildung	4
Quips: Erfolgreicher Streik	5
VW: Angriff auf die Mitbestimmung	6

Titel

Bundestagswahl 2005

Ist der Staat noch zu retten?	7
Interview mit Jürgen Peters	8
Die Analyse der Wahlprogramme	
Mitbestimmung	10
Tarifaufonomie	11
Zulagenbesteuerung	12
Kündigungsschutz	13
Elterngeld	14
Hartz IV	15
Kopfpauschale	15

Porträt

Vier Jugendvertreter über ihre Wünsche an die Politik . . . 16

Streitgespräch

Politikwechsel oder weiter wie bisher? 18

Monatsökonom

Werner Vontobel über die Ökonomie der Wahlen 20

Zukunft Ost

Keine Zukunft ohne Aufbau Ost 22

Karikatur

Karikatur 23

Berufsbildung I

»Jetzt ist die Politik gefordert«

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist der aktuelle Lehrstellenmarkt noch »angespannter als im Vorjahr«. Der Grund: Immer mehr Betriebe weigern sich, auszubilden.

Das Urteil der BA ist vornehm gewählt. Denn die 388 900 gemeldeten Ausbildungsplätze im aktuellen Ausbildungsjahr bedeuten, verglichen mit dem Jahr 2004, einen Rückgang von zehn Prozent. Damit fehlen für über 180 000 Bewerber Lehrstellenangebote. Erwin Vitt, beim IG Metall-Vorstand für die Berufsausbildung zuständig dazu: »Die Zukunft des Landes steht auf dem Spiel.«

Angesichts der kurzsichtigen Praxis der Wirtschaft hat die IG Metall in Baden-Württemberg versucht, die Betriebe tariflich zu zusätzlichen Lehrstellen zu verpflichten. Immerhin haben die

verbandsgebundenen Metall-Betriebe Baden-Württembergs seit 2001 fast 1200 Lehrstellen abgebaut. Doch auch nach fünf Gesprächsrunden mauerte der Arbeitgeberverband Südwestmetall immer noch. Die IG Metall will daher öffentlich Druck machen. Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Jetzt ist die Politik gefordert, sie muss verpflichtende Auflagen für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen treffen.«

Derzeit ist die Bundesregierung weit davon entfernt. Statt ihr 2004 ausgearbeitetes Umlagegesetz neu aufzulegen, setzt sie offenbar auf windige Initiati-

ven. Das neue Berufsbildungsgesetz, gegen den Widerstand der IG Metall durchgepackt, machts möglich. Danach dürfen auch Schüler aus »einer sonstigen Berufsausbildungseinrichtung« zur Abschlussprüfung zugelassen werden.

Geschäftstüchtige Firmen haben schnell kapiert, welche Möglichkeiten sich da auftun. So bietet die »Winkler Ausbildungs AG« in Villingen-Schwenningen neuerdings 350 private Ausbil-

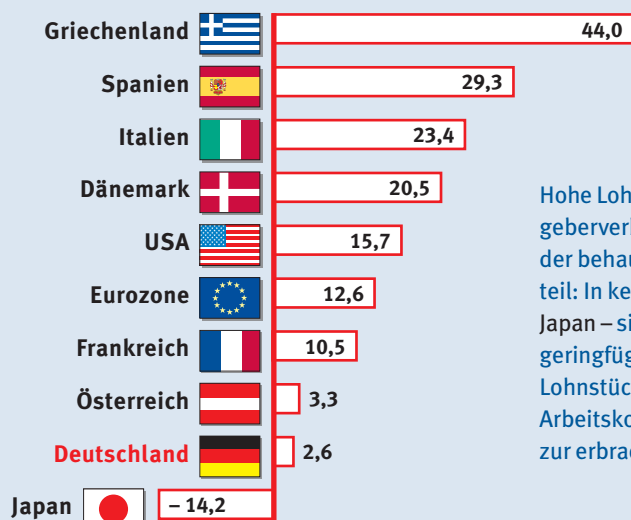
dungsplätze an. Sämtliche Metall-Berufe sind vertreten. Winkler-Sprecher Christian Reith sagt dazu: »Wir verkaufen Ausbildung.«

Das stimmt. Denn statt tarifliches Entgelt zu beziehen, müssen die Azubis bei Winkler noch Geld mitbringen – zwischen 400 und 500 Euro monatlich. So macht die pfiffige Schwarzwald-Firma aus der Not vieler Schulabgänger sogar noch ein Geschäft. ◀



Azubi-Proteste vor der Arbeitgeberzentrale in Degerloch: »Die Zukunft steht auf dem Spiel«

Arbeitskosten



Anstieg nominaler Lohnstückkosten 1995 bis 2005, Angaben in Prozent

Hohe Lohnkosten in Deutschland, wie Arbeitgeberverbände und ihre Ökonomen immer wieder behaupten? Die Grafik beweist das Gegenteil: In keinem anderen Industrieland – außer Japan – sind die Lohnstückkosten seit 1995 so geringfügig gestiegen wie in Deutschland. Die Lohnstückkosten drücken aus, wie sich die Arbeitskosten, inklusive der Lohnnebenkosten, zur erbrachten Leistung entwickeln. ◀

Quelle: Europäische Kommission / Ameco Datenbank

Berufsbildung II

»Es gibt Krach«

Niedersachsens Metallarbeitgeber sind auch nach stundenlangen Verhandlungen nicht bereit, ausgelernete Azubis für ein Jahr zu übernehmen. Bisher hatten sie sich im Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung dazu verpflichtet – doch der endete zum 30. Juni. Hartmut Meine, IG Metall-Betriebsleiter und Verhandlungsführer: »Wenn die Arbeitgeber nicht einsehen, dass ausgebildete Jugendliche eine Chance brauchen, gibt es Krach.« Schon im Juni hatten 300 Jugendliche aus Metallbetrieben beim Arbeitgeberverband demonstriert. ◀

Quips, Elmshorn

Streik ermöglicht »TransferPlus«

Mit einem Streik haben die Quips-Beschäftigten (Elmshorn) einen Tarifvertrag »TransferPlus« erkämpft.

Klammheimlich sollte Deutschlands drittgrößter Handy-Reparaturbetrieb Quips, Tochter des BILOG-Konzerns, geschlossen werden. Dabei kam der Firmenleitung eine Maßnahme der Kohl-Ära zupass: Neugegründete Betriebe haben keine Sozialplan-Pflicht. Die 54 Quips-Beschäftigten hätten somit ohne alles auf der Straße gestanden.

Doch die Belegschaft, zu 80 Prozent in der IG Metall organisiert, spielte nicht mit und warf die Brocken hin. Nach fünftägigem Arbeitskampf lenkte die Firma ein: Neben den Tarifmin-



Streik bei Quips, Elmshorn: Arbeitslosigkeit herausgeschoben

destabfindungen sichert sie eine Transfergesellschaft zu, von BILOG mit einer Million Euro finanziert. Die Beschäftigten können sich dort neun Monate lang

qualifizieren. IG Metall-Verhandlungsführer Uwe Zabel: »Der Betrieb ist zwar zu, aber die Arbeitslosigkeit wird herausgeschoben.«

KfZ-Handwerk

»Weiter Druck«

Im KfZ-Gewerbe gehen die Warnstreiks weiter. Grund: Die Arbeitgeber haben Flächentarifverträge in ganz Deutschland gekündigt, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern (**metall** berichtete). Kein Wunder, dass die Beschäftigten wütend sind. Allein in Berlin, Brandenburg und Sachsen sind seit Jahresbeginn rund 700

Beschäftigte des KfZ-Handwerks in die IG Metall eingetreten. Während in einzelnen Tarifgebieten wie Baden-Württemberg, Bayern, Saarland oder Pfalz inzwischen neue Tarifverträge vereinbart wurden, blocken insbesondere ostdeutsche Arbeitgeber weiter ab.

Die IG Metall will nun für alle ehemals tarifgebundenen Kfz-Betriebe Haustarifverträge abschließen. Manfred Menningen, beim IG Metall-Vorstand für das KfZ-Handwerk zuständig: »Wir machen weiter Druck.«



Protest bei »Autowelt & Service«, Berlin: Arbeitgeber blocken

Ruwel AG, Wetter

Gericht erklärt Tarifvertrag für gültig

Die Ruwel AG in Wetter ist zur Zahlung einer Lohnerhöhung von 5,78 Prozent verurteilt worden. Ende Juni hat das Arbeitsgericht in Marburg einer Klage von rund 100 Beschäftigten am Standort Wetter stattgegeben.

Die Geschäftsleitung hatte argumentiert, dass wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation nicht mehr Lohn gezahlt

werden könne. Wegen dieses »unvorhergesehenen Ereignisses« sei – so Deutschlands größter Leiterplattenhersteller – der Tarifvertrag ungültig.

Das sahen die Marburger Richter anders und gaben den Klägern recht. Außerdem sei dem Unternehmen seit geraumer Zeit bekannt gewesen, dass laut Tarifvertrag ab Januar 2005

mehr Lohn gezahlt werden müsse und darum nicht von einem »unvorhergesehenen Ereignis« die Rede sein könne.

Auch an den drei anderen Standorten in Geldern, Grassau und Pfullingen wollen sich die rund 1200 Beschäftigten nicht länger hinhalten lassen und haben entsprechende Klagen eingereicht.

Außenansicht

Mehr Transparenz statt weniger Mitbestimmung tut not

Pauschalurteile sind der Tod jeder vernünftigen Diskussion. Wenn der Aufsichtsratschef Max-Dietrich Kley von seinem Infineon-Vorstand Andreas von Zitzewitz hinters Licht geführt wird, können nur Extremisten auf die Idee kommen, dass Adeligen der Zugang zu Vorständen verwehrt werden müsste. Und wenn sich in Unternehmen ohne Repräsentanz von Arbeitnehmern im Aufsichtsgremium, wie bei Enron oder Worldcom, gigantische Betrügereien entwickeln könnten, können wiederum nur Extremisten auf die Idee kommen, die Mitbestimmung müsse eingeschränkt werden.



Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, Nikolas Simon

Auch ein Aufsichtsrat, der nur aus Professoren bestünde, wäre vor kriminellen Akten nicht gefeit. Die Devise muss lauten: Mehr Transparenz durch noch bessere Kontrolle. Gute Unternehmensaufsicht braucht also viele kluge Köpfe im Aufsichtsrat. Auf der Anteilseignerseite vor allem gute Fachleute. Auf Arbeitnehmerseite die authentische Stimme der Beschäftigten und die Gewerkschaft.

Die paritätische Mitbestimmung bewährt sich besonders in Krisenzeiten und wenn das gesamte Unternehmen auf neue strategische Ziele ausgerichtet werden muss. Das bestätigt die Wissenschaft; und viele Vorstände, wenn auch leider meist nur hinter vorgehaltener Hand.

Solange aber Herr Brüderle von der FDP oder Herr Professor Baums, statt differenziert zu analysieren, ihre pauschalen Vorurteile pflegen, verhindern sie die vernünftige Diskussion.

Volkswagen

Kein Generalverdacht

»Die aufopferungsvolle Arbeit von über 60 000 IG Metall-Betriebsräten zu diffamieren, weil Einzelne womöglich Schuld auf sich geladen haben, ist unerträglich« sagt der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters. Die IG Metall ist an einer lückenlosen Auf-

Helmuth Schuster. Er soll als Strohmann für Geschäfte mit dem eigenen Konzern fungiert haben. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt wegen Verdacht auf Untreue und Betrug auch gegen den ehemaligen Personalmanager Klaus-Joachim Gebauer.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Volkert soll einen Gesellschafteranteil an einer der Firmen, der tschechischen Firma F-BEL, haben. Volkert hat dies mittlerweile bedauert, gleichzeitig aber betont, dass er sich »keiner kriminellen Handlung schuldig gemacht« habe. Um die Betriebsratsgremien nicht durch die Vorwürfe zu belasten, hat der 62jährige seinen ohnehin für Herbst geplanten Rücktritt bereits im Juni vollzogen. Volkert hat zwischenzeitlich

sowohl sein Mandat im Aufsichtsrat als auch alle seine Ämter in der IG Metall abgegeben.

Ein weiterer Vorwurf kommt von den Medien. Ihre Behauptung: VW habe den Betriebsrat »gekauft«. Mit solchen Verleumdungen füttern Gebauer und sein Anwalt, der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki, die Medien. Kubicki wird dabei von politischen Interessen getrieben, denn die FDP will die Mitbestimmung abschaffen.

Anfang Juli wurde Bernd Osterloh zum Nachfolger von Volkert als Betriebsratsvorsitzender im Werk Wolfsburg sowie zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gewählt. Osterloh zu dem Vorwurf, der VW-Betriebsrat sei »gekauft« worden: »Genau diejenigen, die dem Betriebsrat als Gremium oder einzelnen jetzt vorwerfen, gekauft worden zu sein, haben noch während der Tarifrunde über die ›Hardliner-IG Metall‹ lamentiert.«

VW in Wolfsburg: »Klarheit und keine Gerüchte«

Wirtschaftsfreundliche Politiker und selbsternannte Autopäpste haben sich im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen den Volkswagen-Konzern beeilt, die Mitbestimmung und sogar die Betriebsratsarbeit in Frage zu stellen.

klärung interessiert und hat deshalb die Einschaltung unabhängiger Wirtschaftsprüfer begrüßt. Peters: »Wir brauchen Klarheit und keine Gerüchteküche«.

Ermittelt wird gegen zwei Manager. Zum einen gegen den ehemaligen Skoda-Personalchef

Tchibo

Ausbeutung in Asien

Die »Kampagne für saubere Kleidung« (CCC), die sich für humanere Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken der Dritten Welt engagiert, erhebt schwere Vorwürfe gegen Tchibo. Der Konzern (Gewinn: 325 Millionen Euro in 2004) vertreibt rund 500 Textilprodukte über die Marke TCM und ist zum achtgrößten Textileinzelhändler Deutschlands aufgestiegen.

Nach einer CCC-Studie werden in Tchibo-Zulieferbetrieben Bangladeschs »Menschen- und Arbeitsrechte rücksichtslos verletzt«. Täglich würden 12 bis 14 Stunden gearbeitet, plus der erzwungenen Überstunden. Arbeitsverträge fehlten ebenso wie Tarife, Löhne würden individuell ausgehandelt. Entwürdigend seien auch die Arbeitsbedingungen: Keine Belüftung, kaum sauberes Trinkwasser. Und wer als

Gewerkschaftsmitglied enttarnt werde, fliege sofort. »Nach acht, neun Jahren sind die Frauen so ausgelaugt, dass sie mit der Arbeit aufhören müssen«, enthüllt die Studie.

Ende 2004 hat der Tchibo Konzern zwar auf Druck des CCC neue Regeln für seine Zulieferer eingeführt. Aber auch die garantierten weder existenzsichernde Löhne – wie sie

Textil-Produktion bei »Minamo« in Bangladesch: Mit der Stoppuhr wird die Arbeitszeit gemessen

das ILO-Übereinkommen vorgibt; noch werde die Arbeitszeit auf die von der ILO vorgesehene Obergrenze von 60 Wochenstunden beschränkt. Und gibt es feste Arbeitsverträge? Leider auch Fehlanzeige, »die Frauen können jederzeit entlassen werden«, kritisiert die »Kampagne für saubere Kleidung«.



Zanon, Argentinien Todesdrohungen

Seit zwei Jahren führen die Beschäftigten der argentinischen Fabrik Zanon ihr Werk in eigener Regie. Dabei müssen sie immer gewalttätigere Angriffe abwehren. Bei führenden Gewerkschaftern sind Todesdrohungen eingegangen, die Ehefrau eines Arbeiters wurde entführt und mit einem Messer im Gesicht verletzt. Wenn die Besetzung nicht beendet werde, fließe viel Blut, hörte sie. Als Antwort hat die Gewerkschaft CTA in der Provinz Neuquen zum Streik aufgerufen. Die Gewerkschafter vermuten, dass die Provinzregierung hinter den Angriffen steckt. Demnächst will eine Zanon-Delegation nach Deutschland kommen. Der Alstom-Betriebsrat in Mannheim hat bereits 250 Euro gespendet. Das Geld ist für einen Arbeiter gedacht, der bei einem Polizeiangriff ein Auge verlor.



Ist der Sozialstaat noch zu retten?



Foto: dpa / Wehls



Foto: attenzione / Mithaus



Foto: dpa / Hiekel



Foto: laif / Boening / Zenit



Foto: photobek / Imo



Foto: Visum / laif



Foto: laif / Panbeck

Spitzenkandidat Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Kanzlerkandidat Gerhard Schröder (SPD), Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine (WASG) und Gregor Gysi (Linkspartei), Parteichef Edmund Stoiber (CSU), Spitzenkandidatin Angela Merkel (CDU) und Parteichef Guido Westerwelle (FDP)

Am 21. Juli hat Bundespräsident Horst Köhler entschieden, dass im September in Deutschland gewählt wird. Damit ist die Vertrauensfrage im Bundestag abgesegnet. Die Parteien stehen schon seit Wochen im Wahlkampf. metall beschreibt auf den folgenden Seiten, welche Auswirkungen sich für den betrieblichen Alltag ergeben, wenn die Parteien ihre Programme umsetzen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) will seine Agenda 2010 dem Volk zur Wahl stellen, weil er sich einer Mehrheit im Parlament nicht mehr sicher ist. Seine neoliberale Politik ist gescheitert. Umfragen sagen der CDU/CSU einen

Wahlsieg voraus. Ob das so kommt, weiß noch keiner. Aber die Wählerinnen und Wähler können sich schon heute ein Bild von der künftigen Politik machen. Wie sieht die Politik nach der Wahl aus? **metall** hat die Parteiprogramme unter die Lupe genom-

men: Die Programme lassen nichts gutes ahnen. Die Union scheint sich von der sozialen Republik verabschieden zu wollen. Sie setzt statt auf »soziale« auf »neue« Marktwirtschaft, »Vorfahrt für Arbeit« heißt das Programm. Die SPD hat einige gewerkschaftliche Überlegungen in ihr »Wahlmanifest« geschrieben. Und das Bündnis 90/Die Grünen hat das »Soziale« wieder entdeckt. Neu auf der politischen Bühne ist die Linkspartei aufgetaucht. Wahlforscher geben ihr gute Chancen, in den Bundestag einzuziehen. Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist skeptisch: »Das wird man sehen müssen, ob sich eine neue linke Partei etabliert.« ◀

Interview . . .

. . . mit Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall

? Wenn Du einen Tag Kanzler wärst. Was würdest Du als Erstes tun?

Ja, das ist immer die spannende Frage.

? Passt aber jetzt.

Ich glaube, dass der Kampf gegen Arbeitslosigkeit die oberste Priorität hat. Wir müssen den Menschen nach einer so langen Phase der Massenarbeitslosigkeit wieder Hoffnung geben.

? Wie könnte die aussehen?

Wir brauchen eine nachhaltige öffentliche Investitionstätigkeit, die mindestens das Niveau in Europa erreicht. Das kostet rund 20 Milliarden Euro. Sie müssen in Felder investiert werden, die gesellschaftlich notwendig sind und vor allen Dingen Beschäftigung bringen.

? Welche Felder sind das?

Kindererziehung, Bildung, Umweltschutz und Infrastruktur. Wir werden sicher auch

Job mehr finden, sowie eine Antwort für die Jungen, die ohne Perspektive in die Zukunft schauen müssen.

? Sind die Probleme, die Du angesprochen hast, Thema bis zu den Neuwahlen?

Ich denke, dass jede Regierung sich dem Thema Massenarbeitslosigkeit als oberste Priorität widmen muss. Nur wir haben, was die Politikmodelle angeht, gravierende Unterschiede. Die CDU/CSU will nicht nur ein »Weiter so«, sondern die falsche Politik noch verstärken. Sie müssen damit rechnen, dass sie genauso gegen die Wand laufen. Das Politikmuster der CDU/CSU, die Tarifpolitik sei Schuld an der Misere und deshalb müssten die Tarifverträge aufgeknüpft werden, schafft mit Sicherheit keinen Arbeitsplatz. Das wird eher die Verunsicherung der Menschen erhöhen und

Jürgen Peters im Gespräch mit metall-Redakteuren Werner Hoffmann und Susanne Rohmund

den Frust der Beteiligten verstärken. Die so genannten betrieblichen Bündnisse, die man jetzt gesetzlich durchsetzen will, würden den Konflikt, den bisher die Tarifparteien ausgetragen haben, in die Betriebe tragen. Wir werden natürlich nicht zusehen, wie die Tarifpolitik der Gewerkschaften durch betriebliche Bündnisse zerstört wird.

? Hast Du das Gefühl, dass wichtige Themen, auch linke Themen, wieder diskutiert werden in der Öffentlichkeit?

Ich glaube, dass die Einseitigkeit der letzten



Foto: Markus Kirchgefer

Jahre in der Tat etwas aufgebrochen wurde. Ich glaube, dass Viele den Mainstream nicht mehr abkönnen und sehen, dass die versprochenen Schwüre nichts gebracht haben. Im Gegenteil: Gürtel enger schnallen als Gesundung des Kranken hat nur dazu geführt, dass der Kranke noch kränker geworden ist und nicht gesünder. Wir haben eine höhere Arbeitslosigkeit, die Armut ist gestiegen, der Reichtum übrigens auch, und die Staatsverschuldung ist nicht nennenswert zurückgeführt worden. Wir stellen fest, dass die Staatskasse leer ist und bestimmte Staatsaufgaben nicht mehr wahr genommen werden können. Das heißt, dass das Politikmuster der Vergangenheit nicht tragfähig ist, sondern zu einer gewaltigen Umverteilung geführt hat.

? Warum gibt die IG Metall bei dieser Wahl keine Wahlempfehlung?

An sich haben die Gewerkschaften nie eine Wahlempfehlung abgegeben. Außer 1998. Nach 16 Jahren Kohlregierung haben die Gewerkschaften gesagt, mit dieser Regierung ist ein Politikwechsel nicht möglich. Wir brauchen aber einen Politikwechsel. Deshalb haben wir damals gesagt, diese Regierung muss weg, weil sie nach 16 Jahren unfähig ist, diesen Politikwechsel zu leisten. 2002 haben wir gesagt, wir wollen eine andere Politik.



über das Thema Arbeitsumverteilung reden müssen. Es kann nicht angehen, dass in einer solchen Krise mit annähernd fünf Millionen Arbeitslosen weiterhin Mehrarbeit in großem Stil gefahren wird. Und schließlich muss sich die Regierung endlich dazu entschließen, öffentlich geförderte Beschäftigung anzustossen. Denn wir brauchen eine Antwort auf ältere Arbeitnehmer, die keinen



Arbeit – Innovation – Gerechtigkeit

die richtige Politik wählen

? Aber die IG Metall wird trotzdem nicht außen vor bleiben?

Nein. Wir werden mit unserem Arbeitnehmerbegehren zur vorgezogenen Bundestagswahl Themen bestimmen, die wir mit den Parteien und der politischen Öffentlichkeit diskutieren wollen. Diese Themen sollen wieder Eingang in die Politik finden. Ob uns das gelingen wird, werden wir sehen, aber wir wollen den Druck so erhöhen, dass keiner an den Themen vorbei kann.

? Was erwartest Du von den Mitgliedern der IG Metall?

Wir wollen natürlich, dass das einzelne Mitglied unsere Überlegungen zur Weiterentwicklung des Sozialstaats nicht nur liest, sondern auch in seinem Umfeld diskutiert. Wir wollen natürlich auch, dass über diese Dinge kritisch diskutiert wird und dass man das auch im Diskussionsprozess am Ort in den Verwaltungsstellen einbringt. Ein Beispiel: Wir wollen eine solidarische Weiterentwicklung des Sozialstaats. Kommen wir da mit der

Bürgerversicherung weiter, oder ist das Kopfpauschalenmodell der CDU/CSU das richtige Modell der Zukunft? Und wir wollen uns auch erlauben, Position zu beziehen. Bei der Kopfpauschale zahlt jeder den gleichen Beitrag. Für uns ist es das Ungerechteste, was es gibt. Wir sagen, die stärkeren Schultern sollen mehr tragen. Der Gesunde muss für den Kranken einstehen, der Besserverdienende für den nicht so gut Verdienenden und der Junge für den Alten. Das sind Sozialstaatsprinzipien, die müssen wieder wachgerüttelt werden. Oder nehmen wir die Steuern. Die Belastung ist für jedermann sichtbar. Wir wollen, dass die kleineren und mittleren Einkommen über die Steuer entlastet werden. Das setzt voraus, dass

»Wahlenthaltung nutzt immer nur denen, die man nicht wählen will«

andere belastet werden müssen. Deshalb wollen wir die Vermögenssteuer wieder aktivieren. Wir wollen, dass die Erbschaftssteuer erhöht wird und Steuerschlupflöcher gestopft werden. Was wir auf keinen Fall wollen, ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Sie trifft wieder nur die Ärmsten. Und wir wollen auch nicht, dass diejenigen, die heute schon stark belastet sind, zum Beispiel die Schichtarbeiter, ihre Zuschläge nicht mehr steuerfrei haben, sondern sie zukünftig besteuert bekommen.

? Das war jetzt hauptsächlich Kritik an der Union. Das Wahlmanifest der SPD hast Du widersprüchlich genannt...

Ja. Ich glaube, dass das auf Dauer auch von den Bürgern so gesehen wird. Man kann nicht auf der einen Seite sagen »weiter so« und die Agenda 2010 als erfolgreich verkaufen, um anschließend zu sagen, wir müssen es ändern. Das ist wenig plausibel, wenngleich viele gewerkschaftliche Überlegungen mindestens im Wahlmanifest aufgenommen worden sind. Beispielsweise den Mindestlohn, weil Lohndumping in diesem Stil in dieser Gesellschaft niemanden ruhig lassen kann.

? Der neuen Linkspartei wird vorhergesagt, mit einem guten Ergebnis in den Bundestag einzuziehen. Tut eine solche neue linke Partei dem Bundestag gut?

Man wird sicherlich sehen müssen, inwieweit sich eine neue linke Partei etabliert. Ausgeschlossen ist das nicht. In anderen Ländern gibt es längst mehrere Linksparteien, die um Wählerstimmen konkurrieren. Die SPD ist in den vergangenen Jahren programmatisch weiter in die Mitte gerückt. Sie muss sich im Klaren sein, dass sie auf dem linken Flügel ein Vakuum schafft, wenn sie



diesen Teil mit ihrer Programmatik nicht abdeckt. Dann wird es zwanghaft dazu kommen, dass andere in dieses Vakuum stoßen. Davor habe ich immer gewarnt. Dass es bei uns so schnell gekommen ist, zeigt ja, wie groß die Enttäuschung vieler, insbesondere vieler ehemaliger SPD-Mitglieder ist.

? Macht es überhaupt noch Sinn, zur Wahl zu gehen?

Ich glaube, dass sich alle im Klaren sein müssen, dass Wahlenthaltung immer denen nutzt, die man gar nicht wählen will. Wahlenthaltung bedeutet, dass im Regelfall der rechte Rand verstärkt wird. Jeder muss sich das selbst überlegen, ob er das will. Als mündiger Bürger muss er seiner Wahlpflicht nachkommen. ◀

Werner Hoffmann, Susanne Rohmund

Nachgefragt ...

... bei Jürgen Peters

Was fällt Dir bei folgenden Stichworten ein?

► Guido Westerwelle ...

Um Gottes Willen

► Finanzinvestoren ...

Sehr zweifelhaft

► Mitbestimmung ...

Unbedingt notwendig

► Hartz IV ...

Überholungsbedürftig

► Tarifautonomie ...

Zwingend erforderlich

► Mehrwertsteuererhöhung ...

Gift für die Wirtschaft

► Kündigungsschutz ...

Unverzichtbar

► IG Metall

Das stärkste, was die Schwachen haben

+++ Mitbestimmung +++

Illustrationen Seiten
10 bis 15: Klaus
Espermüller

Jacob, Kunststofftechnik,
Wilhelmsdorf (Bayern)

»Zeit der Gutsherren vorbei«



»Für uns steht die Mitbestimmung in Deutschland nicht zur Disposition... Das Erfolgsmodell Mitbestimmung muss dabei mit globalen und europäischen Herausforderungen Schritt halten.«



»Eingriffe in die Tarifautonomie, den Kündigungsschutz oder die Mitbestimmung lehnen wir ab.«



DIE LINKE. PDS

»Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen werden ausgebaut.«



»Das Betriebsverfassungsgesetz (ist) so umzugestalten, dass die betriebliche Mitbestimmung... kostengünstiger wird.«



»Die Mitbestimmung (ist) durch eine entsprechende Änderung des Mitbestimmungsgesetzes abzuschaffen.«

Um schlechtere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, versucht die Jacob-Geschäftsleitung die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden.

Geschäftsführer Marcus Ruf hasst Betriebsräte und Gewerkschaften. Zumindest, wenn sie nicht auf ihn hören und die Interessen der Beschäftigten ernst nehmen. Bis zum Sommer 2004 konnte der Jacob-Chef noch regieren, ohne dass ihm Betriebsräte in die Parade fuhren – es gab keine. Damals kam er auf die Idee, die Arbeitszeit von 38 und 40 auf 42 Wochenstunden zu erhöhen – für gleiches Geld. Das sollte Raum für personelle Einsparungen bringen. Etwa zehn Beschäftigte erhielten die Kündigung.

Doch Ruf hatte seine Belegschaft unterschätzt. Die wollte sich nicht veräppeln lassen und gründete mit Hilfe der IG Metall den ersten Betriebsrat der Firmengeschichte.

Das fuchst die Jacob-Geschäftsleitung heute noch. Zumal die ordentlich gewählte Arbeitnehmervertretung im Betrieb darüber informierte, dass der Coup mit längeren Arbeitszeiten illegal ist. Armin Klößinger, der Betriebsratsvorsitzende: »Die Beschäftigten haben einen Arbeitsvertrag, der zu 38 oder 40 Wochenstunden verpflichtet.« Außerdem gab er der Geschäftsleitung zu verstehen, dass Betriebsräte keine Arbeitszeitverlängerungen vereinbaren dürfen – die Gewerkschaften sind da zuständig. Ruf fasst dies als »Kriegserklärung« auf. Erst ließ er die Betriebsratswahl anfechten – und verlor vor Gericht. Dann beantragte er beim Nürnberger

Arbeitsgericht, den Betriebsrat aufzulösen. »Die wollen«, analysiert der Nürnberger Betriebsräte-Anwalt Jürgen Markowski, »den Betriebsrat zermürben«.

Dass sich der Betriebsrat auch noch von der IG Metall beraten lässt, hat die Geschäftsleitung zusätzlich gefuchst. Prompt erhielten zwei politische Sekretäre der Fürther IG Metall Hausverbot. Die IG Metall klagt.

Der Betriebsrat kämpft

Für drei der neun gewählten Betriebsratsmitglieder hat Jacob beim Arbeitsgericht die Zustimmung zur Kündigung beantragt. Den anderen hält er die Infos vor, die Betriebsräte zum Arbeiten benötigen: Daten über Eingruppierungskriterien, Ausbildungspläne, Zeitaufnahmen, Fachliteratur. Auch so lässt sich die Mitbestimmung liquidieren.

Der Betriebsrat aber will arbeiten und kämpft. Mindestens 30 Beschäftigte klagen zudem wegen der zusätzlichen Stunden. Sie wollen, dass die Zeit bezahlt wird. Klaus-Dieter Winnerlein, politischer Sekretär bei der IG Metall in Fürth: »Die Jacob-Geschäftsleitung muss akzeptieren, dass es einen Betriebsrat und eine Gewerkschaft gibt, die die Rechte der Arbeitnehmer vertreten. Würden diese Rechte eingeschränkt, sähe es für die Beschäftigten böse aus. Aber die Zeit der Gutsherren ist zum Glück vorbei.«

Fritz Arndt



»Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie hat sich ... bewährt ... Gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie lehnen wir ab.«



»Lohndumping, Eingriffe in die Tarifautonomie und Mitbestimmung lehnen wir ab.«



»Wenn 75 Prozent der Mitarbeiter ... entscheiden, vom Flächentarifvertrag abzuweichen, soll das Gültigkeit haben.«



DIE LINKE.

»Wir bekämpfen entschieden alle Bestrebungen, die Tarifautonomie und die Streikfähigkeit von Gewerkschaften zu schwächen.«



»Wir werden im BetrVG eine Vorschrift einfügen, die Abweichungen vom Tarifvertrag ... zulässt«

+++ Tarifautonomie +++

»Tarifverträge sichern den sozialen Frieden«

»Tarifautonomie und betriebliche Mitbestimmung sichern den sozialen Frieden im Betrieb«, sagt Norbert Schulze, Betriebsrat der Pflugfabrik Lemken im nordrhein-westfälischen Städtchen Alpen. Er weiß wovon er spricht. Schulze ist im IG Metall-Branchenausschuss »Netzwerk Landtechnik«. Darin haben sich vor neun Jahren 45 Betriebsräte aus 14 Standorten der Landmaschinenbranche zusammengeschlossen. In regelmäßigen Branchentagungen tauschen sich die Arbeitnehmervertreter über aktuelle Geschehnisse in ihren Betrieben aus.

Im vergangenen November schafften sie es, dem Druck der Arbeitgeber, die – abweichend vom Tarifvertrag – flächendeckend unbezahlte Arbeitszeitverlängerung einführen wollten, stand zu halten. Die Mitglieder des Netzwerks schrieben damals fest, keine betriebliche Vereinbarung – so genannte betriebliche Bündnisse – über die Einführung unbezahlter Mehrarbeit im Landmaschinenbau abzuschließen. »In vielen Branchen war nur noch von Beschäftigungssicherung durch unbe-

zahlte Mehrarbeit die Rede. Die Landmaschinenhersteller dachten, sie könnten auf diesen Zug aufspringen«, erinnert sich Betriebsrat Schulze. Dabei kann von einer Krise in seiner Branche zurzeit keine Rede sein: 2004 konnte die Produktion immerhin um 9,6 und der Umsatz um 5,7 Prozent gesteigert werden. Trotz dieser positiven Ergebnisse forderten die Landmaschinenhersteller von ihren Belegschaften unbezahlte Arbeitszeitverlängerung. Ein Betrieb – so die Argumentation – habe im internationalen Wettbewerb nur

dann eine Überlebenschance, wenn Kosten gesenkt und die Produktivität gesteigert würde. Seinen Arbeitsplatz könne nur sichern, wer länger arbeitet. Doch nicht unentgeltliche Arbeitszeitverlängerung, sondern die hohe Qualität der Landmaschinen waren ausschlaggebend, dass die Geschäfte im vergangenen Jahr so gut liefen. Schulze glaubt, dass die damalige Forderung der Unternehmer mehr eine Arbeitszeitkampagne war: Über das Netzwerk war schnell zu erkennen, dass nicht nur einzelne Betriebe den gültigen Tarifvertrag umgehen wollten. »Unbezahlte Mehrarbeit steigert die Wettbewerbsfähigkeit im betroffenen Betrieben zwar kurzfristig, sie geht aber schnell verloren, wenn die übrigen Firmen nachziehen«, sagt Schulze.

Flexible Arbeitszeit ist möglich

Besonders ärgert sich der Betriebsrat über die Äußerungen von Wirtschaft und Politik, der Flächentarifvertrag sei zu starr und die Arbeitnehmer in Deutschland müssten flexibler werden: »Wer solche Worte von sich gibt, weiß wirklich nicht, wovon er redet.« Weil die Auftragslage in der Landtechnik, stark von der Saison abhängig ist, bietet für Schulze der Tarifvertrag von 2004 gerade bei der Arbeitszeit die Möglichkeit, flexibel auf die individuellen Bedürfnisse einzelner Betriebe zu reagieren.

Unternehmer, die ihre Umsätze und Gewinne steigern, aber ihre Belegschaften daran nicht beteiligen wollen, sind für Norbert Schulze weder innovativ, noch vorausschauend. Die Verabredung mit seinen Branchenkollegen im Landmaschinenbau ist für ihn ein klarer Beweis, dass Arbeitnehmervertreter bei tarifpolitischen Fragen flexibler sind, als viele Arbeitgeber es je seien wollen: »Tarifautonomie ist ein gesetzlich festgeschriebenes Grundrecht und hat eine lange Geschichte. Sie einfach über den Haufen zu werfen, nur weil einige aus Politik, Wirtschaft und Unternehmen die Tarifautonomie für überholt halten, ist kurzsichtig und gefährdet den sozialen Frieden in den Betrieben.«

Antonela Pelivan





+++ Zulagenbesteuerung +++



CDU und CSU wollen im Fall eines Sieges bei der Bundestagswahl die Steuerfreiheit der Zuschläge für Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertag abschaffen.

Lohnkürzung durch die Hintertür

Bei EKO Stahl Eisenhüttenstadt in Brandenburg arbeiten 1800 Beschäftigte im Schichtdienst, knapp zwei Drittel der Belegschaft. »Für sie bedeutet das im Durchschnitt 250 Euro netto weniger im Monat«, sagt Holger Wachsmann,

Betriebsratsvorsitzender bei EKO Stahl Eisenhüttenstadt. Je nach Steuerklasse und Tarifgruppe würde es einige stärker, andere weniger treffen. Aber wenn die Zuschläge nicht mehr steuerfrei sind, würde das bei jedem einzelnen rund zehn Prozent Einbuße

beim Nettolohn ausmachen, rechnet Wachsmann vor. Noch hat sich im Betrieb nicht herumgesprochen, welche »Überraschung« die Unionsparteien für Schichtarbeiter in petto haben. Doch die Belegschaft würde Sturm laufen gegen diesen geplanten Einkommensklau, ist Wachsmann sicher. Schließlich kann eine solche Kürzung über sechs Jahre durch Tarifierhöhungen nicht ausgeglichen werden.

Hinzu kommt: Zulagen für Beschäftigte, die im Schichtdienst, nachts oder an Sonn- und Feiertagen arbeiten, sind keine Almosen. Sie werden betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen als Ausgleich gezahlt, weil sie zu ungewöhnlichen Zeiten arbeiten und damit zusätzliche gesundheitliche, familiäre und soziale Belastungen auf sich nehmen.

Höhere Kosten durch höhere Abgaben

Steuern auf Zuschläge sind auch in anderer Hinsicht ein Rohrkrepierer. Denn damit würden auch Sozialversicherungsbeiträge anfallen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte zahlen müssen. Letztere dürften also von einer solchen Gesetzesänderung kaum begeistert sein. »Das würde EKO Stahl einen Millionenbetrag kosten«, sagt Holger Wachsmann.

Das Vorhaben von CDU/CSU hätte zur Folge, dass einerseits Beschäftigte empfindlich weniger verdienen und andererseits die Personalkosten der Unternehmen durch höhere Sozialabgaben steigen. Vielleicht könnten sich die Arbeitgeber damit trösten, dass die Unionsparteien den Spitzensteuersatz von 42 auf 39 Prozent senken wollen. Die Schichtarbeiter aber sollen im Endeffekt diese Zeche zahlen. Ohne Trostpflaster. ◀

Gudrun Giese



»An der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen halten wir fest.«



»Steuergeschenke bei der Körperschaftssteuer lehnen wir ab, evtl. Senkungen der Steuersätze müssen voll durch Streichungen von Steuervergünstigungen gegenfinanziert sein.«



Rund 35 Milliarden Euro sollen die Sparvorschläge der FDP nach eigenen Berechnungen bringen. Dazu zähle auch der Wegfall von Pendlerpauschale, Eigenheimzulage und der Vorteil für Schichtzuschläge, so FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms (Quelle: Netzzeitung, 20. Juni 2005)



DIE LINKE. PDS

»Wir müssen die Investitionen – öffentlich wie privat – ausweiten; das geht nicht mit weniger Steuern für Unternehmen, Vermögende und besser Verdienende.«



»Dazu gehören die Reduzierung der Pendlerpauschale... und der gleichmäßige Abbau der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen innerhalb von sechs Jahren.«



+++ Kündigungsschutz +++

Vorwärts mit der Rolle rückwärts

CDU/CSU und FDP nennen es »Vorfahrt für Arbeit«. Sie meinen aber: Tschüss Kündigungsschutz! Der Plan: Kündigungen von Beschäftigten sollen erleichtert werden – angeblich, um Arbeitsplätze zu sichern. Ein Zukunftsmodell?



Thomas Stulz, Betriebsrat in einem kleinen Unternehmen für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK) in Berlin-Charlottenburg, ist sehr skeptisch. Werden die Auseinandersetzungen um Lohn und Arbeitszeit in die Betriebe verlagert, würde eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt. »Ich befürchte Lohndrückerei und Erpressung, auf immer mehr Arbeitnehmerrechte zu verzichten«, sagt er. »Die Arbeitgeber sitzen am längeren Hebel. Der Betriebsrat darf die Belegschaft nicht zum Streik aufrufen, und so müssen sich die Beschäftigten mit allem zufrieden geben, was die Chefs ihnen vorsetzen«, sagt Stulz. Dabei ist die Firma Bulst mit 15 Beschäftigten und leidlicher Auftragsauslastung eine positive Ausnahme in der Branche. Hier wird nach Tarif gezahlt und gearbeitet: für knapp 12,50 Euro Stundenlohn und 37 Stunden Wochenarbeitszeit, und das

gilt inzwischen fast als Privileg. Alle Monteure sind IG Metall-Mitglieder, und im Konfliktfall tritt der streitbare Betriebsrat dem Chef selbstbewusst entgegen. »Wir können einfach keine Abstriche mehr machen«, sagt Stulz. »Ich selbst habe netto heute nicht mehr Geld zur Verfügung als in den siebziger Jahren kurz nach der Lehre«, stellt der Mittvierziger fest.

Kleine Betriebe wären hart betroffen

»Ginge es nach dem Chef, wären wir alle als Freiberufler beschäftigt«, sagt er. »In vielen anderen Betrieben der SHK-Branche arbeiten schon viele mit 400 Euro Monatspauschale, der restliche Verdienst errechnet sich auf Provisionsbasis.« Eine schwarz-gelbe Koalition, da ist er sicher, würde solchen Szenarien erst recht Tür und Tor öffnen.

Hinz kommt ein weiteres Problem. Die von CDU/CSU und FDP propagierte Aufwei-



»Der Schutz vor Kündigung, faire Befristungsregeln ... gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten.«



»Eingriffe in die Tarifaufonomie, den Kündigungsschutz oder die Mitbestimmung lehnen wir ab.«



DIE LINKE.

WASG und PDS wollen Hartz IV generalüberholen. Der Kündigungsschutz bleibt, ein Mindestlohn von 1400 Euro soll eingeführt werden.



»Für Neueinstellungen wird das Kündigungsschutzgesetz in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten ausgesetzt ... in anderen Betrieben erst nach zwei Jahren wirksam.«



»Das Kündigungsschutzgesetz soll erst nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit anwendbar sein ... und nur für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmer gelten.«

chung des Kündigungsschutzes würde kleine Handwerksbetriebe wie den in Charlottenburg hart treffen. Der Schwellenwert soll von jetzt 20 auf zehn Beschäftigte gesenkt werden. »Wir würden glatt aus dem Kündigungsschutz herausfallen«, sagt Stulz. Er weiß: Wenn es noch unsicherer wird, den Job zu behalten, steht jeder unter noch größerem Druck, wenn der Chef Verzicht fordert. Schon jetzt arbeitet einer der Kollegen jeden Tag »freiwillig« eine halbe Stunde länger, ärgert sich Stulz. »Dabei hatten wir erst 2004 eine Forderung des Chefs nach zwei Stunden Mehrarbeit für neu Eingestellte abgebogen.« In der Auseinandersetzung hatte sich der Betriebsrat schließlich über die Einigungsstelle durchgesetzt.

Betriebliche Abweichungen von geltenden Tarifverträgen zur Arbeitsplatzsicherung, wie die CDU/CSU sie zulassen wollen, sind verfassungswidrig, stellt der DGB fest. Laut Bundesverfassungsgericht darf die Gestaltung der Tarifaufonomie nicht deren Funktionsfähigkeit gefährden. Anders gesagt: Betriebliche Vereinbarungen ja, aber nur unter Einbeziehung der Tarifparteien. ◀

Gudrun Giese



»Das bisherige Erziehungsgeld soll in ein für ein Jahr bezahltes Elterngeld umgewandelt werden.«



»Wir brauchen mehr Geld für Kinderbetreuung, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.«



DIE LINKE. PDS

»Erforderlich ist der Ausbau des Elterngeldes... und Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung.«



Steuererleichterungen für Familien



Die FDP unterstützt alle Maßnahmen, die es Männer und Frauen erleichtern, Familie und Beruf selbstbestimmt und sinnvoll zu verbinden.

+++ Elterngeld +++

Chance für die Väter

Es ist Wahlkampf und die Parteien entdecken die Familie wieder. So soll das Elterngeld das bisherige Erziehungsgeld ersetzen.

Das bisherige zweijährige Erziehungsgeld (bis zu 300 Euro) ist kaum mehr als ein Almosen und wenig geeignet, den in der Regel besser verdienenden Vater zur Elternzeit zu ermuntern. Die Bezugsdauer des Elterngelds soll kürzer sein und ein Jahr betragen. Dafür ist vorgesehen, den Betrag als Lohnersatz zu zahlen und damit sozialversicherungspflichtig zu machen. Mindestens 67 Prozent des letzten Nettoentgelts soll es geben. Bislang nutzen viele Betriebe die Elternzeit, um Stellen abzubauen. Wer drei Jahre aus der Firma ist, hat es schwer an den alten Arbeitsplatz zurück zu kehren.

Die IG Metall in Baden-Württemberg hat mit dem neuen Manteltarifvertrag die Möglichkeit geschaffen,

angesparte Mehrarbeit für Familienarbeit zu nutzen. Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Wir haben drei wesentliche Werkzeuge für diese Arbeitszeitregelungen geschaffen. Ein Gleitzeitkonto zum Gestalten der täglichen Arbeitszeit, ein Flexikonto für die betriebli-

chen Belange und ein Langzeitkonto für die persönliche Lebensplanung.«

Die bisherigen starren betrieblichen Arbeitszeiten führen gerade bei erwerbstätigen Müttern zum Anstieg von Dauerbelastungen. Der Tarifvertrag schafft nun bessere Möglichkeiten für beide Geschlechter, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Betriebsparteien haben jetzt die Möglichkeit, flexible Arbeitszeitangebote, Kinderbetreuung oder Pflegezeiten zu regeln. Denkbar ist auch, dass Eltern ihre Arbeitszeit verkürzen oder ihre Tätigkeit zeitlich befristet unterbrechen. So haben auch Väter die Chance, sich mehr um die Familie zu kümmern. Wenn dann noch das Geld stimmt, passt es schon.



Vorbild Schweden

»Unsere Betriebsräte müssen wir noch stärker für solche Regelungen sensibilisieren«, sagt Bezirksleiter Hofmann. »Aber auch die Unternehmen müssen erkennen, dass sie mit familienfreundlichen Arbeitszeiten gerade für gut ausgebildete Beschäftigte interessant werden.«

Vorbild für das Elterngeld ist Schweden. Das Elterngeld beträgt dort 80 Prozent des letzten Bruttolohns. Seit 1975 gilt die Regelung. Die Elternzeit umfasst 480 Tage nach der Geburt. 2003 nutzten schon 17 Prozent der schwedischen Väter das Angebot. ◀

Werner Hoffmann



»Die unterschiedliche Höhe des ALG II in Ost und West werden wir aufheben.«/»Die Bürgerversicherung macht unser Gesundheitssystem gerechter.«



»Die Regelsätze ... müssen deutlich angehoben werden.«/»Wir wollen ein Bürgerversicherung ...«



»... die Hartz-Gesetze müssen zurückgenommen werden.«/»Wir wenden uns gegen ... (ein) Modell der Kopfprämie.«

Kaum ein Thema ärgert die betroffenen Menschen so sehr wie Hartz IV und die Gesundheitsreform.



»Das Arbeitsentgelt (für ALG II-Bezieher) kann bis zu 10 Prozent unter Tarif liegen.«/»Was medizinisch notwendig ist, muss ... erbracht werden.«



»... Leistungen wie ALG II u. Sozialhilfe in einem Bürgergeld zusammenfassen.«/»... privater Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle.«

+++ Sozialpolitik: Hartz IV, Kopfpauschale +++



Sozialer Zündstoff

Der Name sorgte für Zündstoff: Hartz IV. Mit der großen Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe schnellte Anfang des Jahres die Zahl der Arbeitslosen auf über fünf Millionen, und den Sozialdemokraten liefen die Wähler in Scharen davon. Viele Erfolge hat die Reform noch nicht vorzuweisen. Nach Ansicht von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden macht sie die Menschen vor allen Dingen ärmer. Arbeitslosenberater bemängeln, dass sie vom »fördern« noch nichts bemerkt haben. Nach ersten Berechnungen kostete Hartz IV sogar mehr Geld als erwartet.

Ganz ungehört verhallte die Kritik nicht. Die Regierung besserte bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten inzwischen nach. Die neuen Regelungen sind nach Ansicht der IG Metall nicht mehr so kompliziert und vereinfachen den Hinzuverdienst. Dennoch bleibt die Kritik an Hartz IV: Die IG Metall fordert weitere Nachbesserungen. So kritisiert sie die unterschiedlichen Regelsätze in Ost und West. Diese müssen angeglichen werden. Auch die Zumutbarkeit von Arbeit bereitet Bauchschmerzen. Sie fordert, Arbeitslose nicht in Niedrig-Jobs zu drängen. Denn das gefährdet die Tarife.

Kopfpauschale

Auch die Gesundheitspolitik birgt sozialen Zündstoff. Die CDU setzt auf die Einführung einer Kopfpauschale. Das Ziel ist es eine lohnunabhängige Prämie für alle als Pflichtbeitrag zur Krankenversicherung zu etablieren. Vorreiter für die Kopfpauschale ist die Schweiz. Doch die Bilanz nach neun Jahren ist dort alles andere als positiv. Klar ist, dass die Kopfpauschale den Mittelstand überproportional belastet. Dadurch wird die Kaufkraft sehr geschwächt. Das Alpenland hat in den vergangenen Jahren ein noch geringeres Wirtschaftswachstum als die Bundesrepublik. Das Gesundheitssystem ist aber das zweit teuerste der Welt. Der Schweizer Gesundheitsökonom Willy Oggier betont, dass Familien durch die Kopfpauschale bestraft werden, da deren Mitglieder nicht mitversichert sind.

Das Schweizer System beinhaltet ein Selbstbeteiligungssystem, welches unsolidarisch aufgebaut ist. Wählt man eine höhere Eigenbeteiligung, sinkt die Kopfprämie deutlich. Hiervon profitieren nur die Besserverdienenden. Ärmere und kränkere Menschen wählen einen niedrigeren Selbstbehalt und erhalten nur den geringsten Rabatt. Die Prämien sind in den vergangenen drei Jahren pro Jahr um mehr als zehn Prozent gestiegen und mittlerweile müssen rund 30 Prozent der Versicherten aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Für Deutschland rechnet der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen in Berlin, dass umgerechnet ungefähr 25 bis 28 Milliarden Euro von der öffentlichen Hand kommen müssten. ◀

Fabienne Melzer, Ute Merz

»Die Menschen sollten sich wehren«

Sie dürfen zwar noch nicht wählen, aber sie haben klare Vorstellungen darüber, was sie von der Politik erwarten. **metall**-Autorin Heide Platen sprach mit vier Jugendvertretern über ihre Wünsche an die Politiker.



Lena Wohlmuth (17) wartet vor der Kantine der Firma Wiegand im unterfränkischen Klingenberg. Sie führt zuerst einmal durch die moderne Empfangshalle, vorbei an Glasfronten und Kunstwerken. Da werden die Gäste und Geschäftspartner emp-



Foto: Katrin Ulrich

sieht, will sie sich auch am Arbeitsplatz für mehr Gleichberechtigung einsetzen. Sie ist in der Gewerkschaft, weil sie es notwendig findet, dass die rund 3000 Beschäftigten und die 150 Azubis bei Wiegand eine Interessenvertretung haben. Nur wer sich engagiere, könne etwas verändern. Den Lehrlingen habe das bei der letzten Tarifierhöhung immerhin 20 Euro mehr gebracht. Auch die einjährige Übernahmegarantie wäre ohne die IG Metall nicht zustande gekommen.

Die Politik, sagt sie, solle vor allem mehr Einfluss auf die Wirtschaft nehmen, zum Beispiel »Firmen unterstützen, die ihre Produktion nicht ins Ausland verlagern«: »Die

»Die Industrie muss mehr in die Pflicht genommen werden.«

Lena Wohlmuth

Industrie muss mehr in die Pflicht genommen werden.« Gerade die kleinen Betriebe hätten unter dem Druck der Massenproduktion im Ausland zu leiden. Die Transportkosten seien zu niedrig. Die Menschen sollten sich wehren, denn der Egoismus wachse nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik immer mehr: »Da denken viele auch nur noch an sich. Früher war es eine Ehre, vom Volk gewählt zu werden.« Aber auch außerhalb der Arbeitswelt liege in der Bundesrepublik vieles im Argen. Sie wünscht sich, dass rigoroser gegen den Rechtsextremismus vorgegangen werden und über dessen Gefährlichkeit besser aufgeklärt werden müsse. ◀

Michael Schäufli (17) hat das, was heutzutage nur wenige von sich sagen können: eine Lehrstelle in seinem Traumberuf. Er wird bei Wiegand zum Energie-Elektroniker ausgebildet. Dem Wahlkampfgetöse der Politiker traut er nicht: »Da machen

»Die Parteiprogramme müssen erreichbare Ziele haben. Sonst sind sie unglaublich.«

Michael Schäufli

doch alle nur Versprechungen, die sie dann hinterher nicht einhalten können.« Und: »Die Parteiprogramme müssen erreichbare Ziele haben, sonst sind sie unglaublich.« Er plädiert für einen rigorosen Subventionsabbau und beklagt den Verfall der Moral in den Führungsetagen der Unternehmen: »Die Manager stehen nicht mehr zu ihrem Wort, ihr Ruf ist ihnen nichts mehr wert. Die wollen nur noch schnell Geld verdienen.« Das findet er kurzsichtig, denn, fragt er, was nützen in einer Konsumgesellschaft »Kunden, die sich nichts mehr leisten können?« In der Region um Aschaffenburg, dem südlichen Rand des wirtschaftlichen Ballungsraums Rhein-Main, fehlen rund 1000 Ausbildungsplätze. Mit Realschulabschluss hat er seinen relativ schnell bekommen:

Für das kleinere Übel entscheiden?

»Hauptschüler haben es schwerer.« Manchmal liegt es aber auch an der »Null Bock-Einstellung« der Jugendlichen: »Man muss eben auch das machen, was einem keinen Spaß macht.« Und auch die Konsumenten haben Verantwortung: »Viele wollen heute nur noch alles billig, billig. Die Qualität interessiert keinen mehr.«

Michael lobt seine Firma, die es geschafft habe, eine Produktionsverlagerung nach Polen ohne Entlassungen durchzuführen. Außerdem findet er es gut, dass die Gewerkschaftsinitiative für »10 plus«, zehn zusätzliche Ausbildungsplätze, gegriffen habe. Im Ausgleich schaffen alle Wiegand-Arbeiter freiwillig zehn Stunden mehr pro Jahr. Die Ausbildung macht ihm Spaß, vor allem der Wechsel zwischen den Abteilungen. Die

fangen. »Dahinter«, sagt sie und kraut die Sommersprossen auf ihrer Nase, »ist es dann nicht mehr ganz so schick.« Auch Lena hat nicht die Lehrstelle bekommen, die sie sich eigentlich gewünscht hätte. Schreinerin wäre sie gerne geworden, aber kleinere Betriebe, musste sie erfahren, »können sich Azubis kaum noch leisten«. Nun lernt sie bei dem Hersteller für Druck- und Temperaturmesstechnik den Beruf der Technischen Zeichnerin. Sie ist Jugendvertreterin. Verantwortung zu übernehmen, das ist ihr wichtig. In der Realschule war sie Schulsprecherin, in der Freizeit engagiert sie sich in der Frauenhilfsorganisation Terre des Femmes für Frauen in Afrika. Obwohl sie sich nicht »so wahnsinnig als Feministin«

Bundestagsneuwahlen sieht er mit gemischten Gefühlen: »Es kann doch nicht sein, dass man sich nur noch für das kleinere Übel entscheiden kann.« Das produzierte Enttäuschung und stärkte extreme Gruppierungen. Michael Schäufler wird sich weiterbilden, eventuell das Abitur machen. In seiner Freizeit ist er Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr und im Schützenverein: »Vielleicht kandidiere ich im nächsten Jahr als IG Metall-Jugendvertreter.«

Foto: Katrin Ullrich

Sezer Akgeyik (17) ist schmal, zierlich und wortgewandt. Seine Lehrstelle als Industrie-Elektriker hat er durch den Ausbildungspakt zwischen Landesregierung und Arbeitgebern bekommen. Sein Betrieb, der Messgerätehersteller Gossem Metrawatt in Nürnberg, ist insolvent. Sezer bedrückt das nicht sonderlich. Er werde »ziemlich sicher sowieso nicht übernommen«. Und das, sagt er, gibt ihm immerhin die Freiheit, als Jugendvertreter in der Firma das zu sagen, was er denkt. Und er denkt viel nach. Seine Eltern kamen vor 20 Jahren als einfache Arbeiter aus der Türkei nach Deutschland. Die deutsche Staatsbürgerschaft will er nicht, könnte also, selbst wenn er 18 Jahre alt wäre, nicht wählen. Das hat, sagt er, eher pragmatische Gründe. In der Türkei kann er sich

nach der Grundausbildung vom Wehrdienst loskaufen. Und, das ist ihm noch wichtiger, als deutscher Staatsbürger würde er das Erbrecht in der Heimat seiner Eltern verlieren. Und außerdem: »Vielleicht will ich ja doch eines Tages dort leben oder in Jamaika. Weiß man, was kommt?«

Sezer hat seine Lehrstelle nach dem qualifizierten Hauptschulabschluss »richtig mit Power gesucht«, viele Bewerbungen geschrieben. Er hat genaue Vorstellungen davon, wie er leben will. Jahrzehntlang in einer Fabrik, da würde er sich zu sehr eingengt fühlen. Als Azubi gehe es ihm gut, er lerne Neues dazu, aber: »Als Facharbeiter reparierst du nur immer dieselbe Maschine oder drückst auf denselben Knopf.« Das will er nicht, denn das wäre »fast wie im Gefängnis«. In seiner Freizeit baut er Computernetzwerke auf, entwickelt Programme. Er hat sich vorgenommen, das Abitur nachzuholen. Und er träumt davon, irgend-

»Die Politik soll sich mehr um die Schulen kümmern. Da ist alles kaputt.«

Sezer Akgeyik

wann einmal eine eigene Firma zu gründen. Als Seitenwechsel sieht er das nicht: »Ich wäre der beste Chef. Alle würden mich lieben und gerne kommen.« In die IG Metall ist er eingetreten, »weil ich mich für die

Menschen einsetzen wollte«. Von der Politik verlangt er, dass sie sich mehr um die Schulen kümmern müsse: »Da ist alles kaputt, der Physiksaal, die Projektoren.« Er ärgert

Foto: Frankle Dörfler



sich über die Behauptung, die Menschen hätten keine Lust auf Konsum: »Die haben einfach kein Geld.« Seinen wahlberechtigten Freunden sagt er, sie sollen ihre Stimme abgeben: »Denn sonst hat man kein Recht, zu meckern.«

Sandra Jendros (17) steht am Ende ihres zweiten Lehrjahrs zur Industriemechanikerin: »Das ist ehrlich nicht wirklich mein Wunschberuf.« Eigentlich würde sie lieber Motorräder reparieren als bei der MAN in Nürnberg Motoren für Nutz- und Agrarfahrzeuge zu bauen. Aber sie lernt dennoch gerne, drehen, bohren, fräsen. Auch die Eltern waren Metaller, der Vater als Schlosser, die Mutter als Handelsfachkraft. Schon zwei Wochen nach Ausbildungsbeginn war sie auf ihrem ersten Seminar der IG Metall: »Da wir eine Plakatkampagne vorbereitet, bei der Jugendliche gefragt wurden, was ihnen nicht passt.« Und was man ändern

»Jeder ist nur noch Einzelkämpfer. Die Menschen sollten wieder mehr gemeinsam machen.«

Sandra Jendros

müsste. Und was würde sie gerne ändern? Es müsse, sagt sie, mehr für die Bildung getan werden: »Deutschland verдумt.« In den Schulen fehle es an allem: »Das ist einfach nicht richtig.« Außerdem vermisse sie dort wie in der gesamten Gesellschaft das »Wir-Gefühl«: »Jeder ist nur noch ein Einzelkämpfer.« Die Menschen sollten »nicht immer nur ihr Ich-Ding durchziehen, sondern wieder mehr gemeinsam machen«. Außerdem findet sie es falsch,

dass die Reichen weltweit immer reicher, die Armen immer ärmer werden und sich nicht gemeinsam dagegen wehren. Daran seien auch die Medien schuld: »Das wird einem richtig eingebläut. Wenn man immer wieder gesagt bekommt, dass die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich gut ist, dann glaubt man das irgendwann.«

Die IG Metall brauche zur Rückendeckung für ihre Forderungen Mitglieder. Neue Azubis fragt sie deshalb, was denn wäre, »wenn es keine Gewerkschaften gibt?«. Die Sorge schließlich dafür, dass sie richtig ausgebildet und nicht nur ausgenutzt werden. Außerdem habe die Gewerkschaft ihre Übernahme für zwölf Monate erstritten. Einer ihrer Träume ist, »dass jeder einen sicheren Arbeitsplatz hat«. Auch sie will sich weiterbilden. Vertrauen in die Politik hat sie nicht. Trotzdem ist sie enttäuscht, dass sie bei den Neuwahlen nicht mitmachen kann, weil sie erst im kommenden Jahr wahlberechtigt wird: »Darauf hatte ich mich richtig gefreut.«

Foto: Frankle Dörfler



Politikwechsel oder

»Breite Schultern müssen wieder stärker belastet werden.«

Peter Kurbjuweit, Linkspartei



Foto: Babbel Hagner

Wie soll eine neue Bundesregierung die Interessen der Arbeitnehmer umsetzen? In der metall-Redaktion diskutierten Peter Kurbjuweit, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Hameln und Kandidat der Linkspartei, und Josip Juratovic, IG Metall-Betriebsrat bei Audi in Neckarsulm und SPD-Kandidat. Moderation: Fritz Arndt.

(Die CDU-Bundestagsabgeordneten Uwe Schummer und Franz Romer, beide Metaller, haben ihre Teilnahme abgesagt).

metall: »Hartz IV muss grundlegend korrigiert werden«, fordert das IG Metall-Arbeitnehmerbegehren. Stimmt Ihr zu?

Juratovic: Ich glaube nicht, dass Hartz IV grundlegend korrigiert werden muss. Wir wollen aber Schwächen korrigieren. Hierzu hat die Bundesregierung bereits Initiativen ergriffen. Ich denke da etwa an Arbeitslose, die jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben und nun nach zwölf Monaten wie Sozialhilfeempfänger behandelt werden.

Kurbjuweit: Hartz IV muss generell aufgegeben werden. Dieses Programm ist nicht nur ungerecht, sondern auch wirkungslos. Im Arbeitsagenturbereich Hameln sind beispielsweise rund 30 000 Arbeitslose registriert,

aber es gibt nur 1000 offene Stellen. Vor dem Hintergrund kann das Prinzip »Fördern und Fordern« überhaupt nicht funktionieren, es wird nur gefordert, gefordert, gefordert.

Juratovic: Hartz IV als Programm kann keine Arbeitsplätze schaffen, das können nur die Unternehmen tun. Aber mit Hartz IV können wir viele Menschen leichter in Arbeit bringen. Ich denke etwa an die früheren Sozialhilfe-Bezieher, die bisher gar nicht als Arbeitssuchende registriert waren. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erhalten sie jetzt eine Chance. Dennoch finde ich, dass die Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden müssen, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeht.

metall: Etwa durch höhere Steuern? Im SPD-Wahlmanifest steht, die Körperschaftssteuern würden von 25 auf 19 Prozent gesenkt...

Juratovic: Ich glaube nicht, dass pauschale Unternehmenssteuer-Anhebungen das Problem löst. Ganz im Gegenteil: Um die Betriebe nach vorne zu bringen und Standorte zu sichern, wollen wir sie entlasten. Gleichzeitig erwarte ich, dass sie auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und nicht im betriebswirtschaftlichen Denken verharren.

Kurbjuweit: Gerade dieses einseitige wirtschaftliche Denken, wo am Ende die Unternehmen die Politik bestimmen und nur

noch der Aktienkurs zählt, hat Rotgrün doch in den vergangenen Jahren beschleunigt. Deswegen bin ich nach 40 Jahren aus der SPD ausgetreten. Ihr habt mit Eurer neoliberalen Politik bewirkt, dass Konzerne und Vermögende immer weniger Steuern zahlen. Sind die Arbeitsplätze dadurch sicherer geworden? Breite Schultern müssen wieder stärker belastet werden. Daher sind wir für die progressive Besteuerung aller Einkommen. Wir wollen den Spitzensteuersatz erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einführen.

metall: Auch beim »Ausbildungspakt« hat die Bundesregierung auf die Verantwortung der Unternehmen gesetzt...

Kurbjuweit: Dieser »Pakt« funktioniert nicht und ist im Grunde ein Skandal: In einem der reichsten Länder der Welt stehen zehntausende Jugendliche ohne Ausbildung da. Da hat Rotgrün absolut versagt, das darf so nicht weitergehen. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen künftig zahlen.

Juratovic: Über die Erfolgsquote des Ausbildungspakts gibt es unterschiedliche Zahlen. Warten wir doch ab, wie sich die Lehrstellen-Bilanz entwickelt. Wir setzen darauf, dass auch Unternehmen erkennen, dass sich Anstand lohnt und sie in sozialer Verantwortung stehen. Wir bei Audi haben 40 Prozent mehr Ausbildungsplätze geschaffen. So etwas muss transparent gemacht werden. Und gleichzeitig muss gefragt werden: Wo stehen andere?

metall: Gilt das mit der sozialen Verantwortung auch für die Kranken- und Rentenversicherung?

Juratovic: Wir wollen die Bürgerversiche-

er weiter neoliberal?



»Um die Betriebe nach vorne zu bringen, wollen wir sie entlasten.«

Josip Juratovic, SPD



rung, in die alle, also auch Selbstständige, Politiker und Beamte einzahlen. Die Rentenversicherung haben wir durch die auch von den Gewerkschaften unterstützte Riester-Rente stabilisiert. Auf diese Weise wird die Sozialversicherung zukunftssicher. Man kann die Folgen der demographischen Entwicklung nicht nur den Unternehmen aufbürden, sondern muss neue Konzeptionen aufbauen.

Kurbjuweit: Das rotgrüne Konzept besteht darin, dass die paritätische Finanzierung durch die Versicherten und Arbeitgeber aufgegeben wurde. Erst bei der Rentenversicherung, jetzt ab 1. Juli auch im Gesundheitssystem. Damit bewegen wir uns in Richtung Amerika, wo jeder für sich selbst verantwortlich ist und die Solidarität auf der Strecke bleibt. Das wollen wir nicht, es muss bei der paritätischen Finanzierung bleiben, die Bürgerversicherung ist überfällig – und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze. Im Übrigen bin ich skeptisch, wenn ihr vor Wahlen etwas verspricht. Den Anti-Streikparagrafen wollte die SPD nach 100 Tagen Regierung abschaffen. Er ist heute noch da.

Juratovic: Die Alternative war: Betriebsverfassung oder Streikparagraf kippen, beides ging nicht. In dieser Situation haben wir uns für mehr Mitbestimmung entschieden. Hätten wir den Antistreik-Paragrafen abgeschafft, wäre womöglich der Arbeitgeberverband zerbrochen. Die Tarifautonomie setzt aber zwei starke Partner voraus. Und der Bayern-Streik 1995 hat gezeigt, dass wir mit dem Paragrafen Arbeitskämpfe führen können.

Kurbjuweit: Ich habe gelernt: Wenn mich

die Arbeitgeber loben, habe ich etwas falsch gemacht.

Juratovic: Prima, mich haben sie aber noch nicht gelobt.

metall: Zurück zur Krankenversicherung: Sind Praxisgebühren und erhöhte Zuzahlungen gerecht?

Juratovic: Die Praxisgebühr ist ein Kompromiss, zu dem uns die CDU im Vermittlungsausschuss gezwungen hat. Ich gehe davon aus, dass da das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Mein Eindruck ist, dass Betriebsräte und Gewerkschaften in der Vergangenheit da viel zu passiv waren und die Umsetzung von Reformen verschlafen haben. Die Menschen müssen sich wieder stärker in die Politik einmischen. Es nutzt nichts, im Nachhinein die ungerechte Welt zu beklagen.

Kurbjuweit: Wir sind doch millionenhaft auf die Straße gegangen, haben hunderttausende Unterschriften für unsere Alternativen zur neoliberalen Politik übergeben. Aber Rotgrün hat immer weiter gemacht. Ich sage ganz klar: Die höheren Belastungen der Menschen im Gesundheitswesen müssen zurückgenommen werden, da gehören auch die zehn Euro Eintrittsgeld für Arztbesuche dazu.

Juratovic: Das will die SPD auch. Aber Politik besteht nun mal aus Kompromissen – in unserem Fall mit dem Koalitionspartner und dem CDU-dominierten Bundesrat.

metall: Wie wollt ihr die Arbeitslosigkeit abbauen?

Kurbjuweit: Statt wie bisher die Arbeitslosen zu bekämpfen, muss ein öffentliches Investitionsprogramm her. Es sollte mindestens

20 Milliarden Euro umfassen. Das bringt vielen Menschen sofort neue Perspektiven, vor allem im Handwerk.

Juratovic: Da sind wir uns einig. Da ich Kommunalpolitiker bin, weiß ich allerdings auch, dass das nicht einfach ist. Die öffentlichen Kassen sind leer, der Staat ist verschuldet.

Kurbjuweit: ... die Staatsverschuldung wäre erheblich niedriger, wenn ihr den Spitzensteuersatz bei 53 Prozent belassen hättet und die Vermögenssteuer einführen würdet. Ich sage noch einmal: Auch breite Unternehmer-Schultern müssen belastet werden. Erst recht, wenn sie auf dem Aktienmarkt zocken, ihren Betrieb verkaufen und nicht wieder investieren. ◀

Anzeige _____



Foto: RDB / Sonntagsblick / Baiz Rigdinger

Der Faktor « Arbeit muss gestärkt werden »»

WERNER VONTOBEL
über festgefahrene Meinungen und
die falsche Wirtschaftspolitik.

Die Bundesregierung verfügt über den schlechtesten wirtschaftspolitischen Leistungsausweis der Nachkriegs-Ära. Es kann nach aller Wahrscheinlichkeit – egal mit wem – nur noch besser werden. Das ist der positive Aspekt dieser vorgezogenen Wahl. Der negative Aspekt ist der: Alles deutet darauf hin, dass die Wahlsieger mit kleinen Nu-

ancen dieselbe erfolglose Wirtschaftspolitik fortführen werden.

Das Grundproblem der deutschen (und der europäischen) Wirtschaftspolitik fängt aber nicht bei den Parteiprogrammen an. Die sind insgesamt nur das Spiegelbild eines völlig einseitigen wirtschaftspolitischen Diskurses. Was Deutschland braucht, ist erstens eine breit an-

gelegte Debatte über die verschiedenen wirtschaftspolitischen Ungleichgewichte, aus der sich zweitens hoffentlich eine zielführende Politik ergibt. Möglich, dass der Wahlkampf eine solche Debatte auslöst. All zu viel ist davon jedoch nicht sichtbar.

Diese Ungleichgewichte machen sich insbesondere auf dem Arbeitsmarkt fest. Weitere Symptome sind die steigenden Staatsdefizite und Staatsschulden. Daraus ergibt sich die wirtschaftspolitische Agenda: Sie hat bisher im wesentlichen zwei

Stoßrichtungen: Erstens Flexibilisierung des Arbeitsmarkts bis hin zu generellen Lohnsenkungen. Zweitens: Sanierung des Staatshaushalts. Doch die entsprechenden Reformvorschläge werden nicht mehr hinterfragt, sondern rituell als »notwendig«, »überfällig« oder als »längst bekannt« dargestellt. Sofern noch eine Diskussion stattfindet, dreht es sich in Deutschland – wie übrigens auch in der Schweiz – nur noch um die Frage, warum sich denn die Politik nicht dazu aufraffen kann, die »schmerzhaften« Reformen endlich durchzuziehen.

Dabei ist gar nichts klar. Eine hohe Arbeitslosigkeit muss nicht zwingend etwas mit der Verfassung des Arbeitsmarkts zu tun haben. In der neuesten »Job-Study« vom Juli hat die OECD die elf wichtigsten Studien zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Struktur der Arbeitsmarkts untersucht, und ist zu folgendem Schluss gekommen: »Der Einfluss des Kündigungsschutz auf die Arbeitslosigkeit ist theoretisch unklar«. Es sei zwar möglich, den Einfluss von bestimmten Arbeitsmarktbestimmungen (wie Kündigungsschutz) auf einzelne Gruppen von Arbeitnehmern (Junge, Männer oder Frauen) festzustellen, nicht aber auf die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Hohe Staatsquoten bringen hohe Wachstumsraten

»Dank Reformen geht es immer schlechter«

Sein Lebenslauf

Werner Vontobel studierte in Basel Volkswirtschaft. Der Schweizer war Korrespondent beim Zürcher »Tages-Anzeiger« und der »Weltwoche« in Brüssel und Bonn. Derzeit ist er Wirtschaftspublizist bei der Schweizer Boulevardzeitung »SonntagsBlick«. Vontobel ist Autor zahlreicher Bücher über wirtschaftspolitische Themen und ein wacher Kritiker der Schweizer Banken. Er lebt mit seiner Familie in Zürich.

Sein aktuelles Buch

»Der Irrsinn der Reformen«

Wohlstand kommt nicht vom Wettbewerb. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb plädiert Werner Vontobel für einen Richtungswechsel. Statt neoliberaler Standard-Formeln schlägt er vor, dass der Staat sich wieder aktiv einmischen muss. Und zwar sowohl in Investitionen in den öffentlichen Sektor als auch in die Arbeitsmarktpolitik. Denn tiefere Löhne bringen offenbar nicht mehr Jobs. Die Billiglohnländer Polen und die Slowakei haben eine Arbeitslosenquote von über 15 Prozent.



»Mehr Wettbewerb und weniger Staat führt nicht zu mehr Wohlstand«

Auch flexible Löhne sind nicht die Lösung. Studien des US-Ökonomen James K. Galbraith zeigen, dass die Arbeitslosigkeit überall dort steigt, wo die Ungleichheit der Löhne zunimmt und umgekehrt. Mit andern Worten: Es gibt für die deutsche Arbeitsmarktpolitik keine verlässliche Grundlage.

Auch im Bezug auf die Defizite im Staatshaushalt sind die Meinungen gemacht. Wenn der Staatshaushalt erst einmal saniert ist, lösen sich alle Probleme wie von selbst: Die Haushalte atmen auf und konsumieren wieder, die Unternehmen investieren wieder und auch das globale Kapital entdeckt den Standort Deutschland neu. Doch halt. Ist die Sanierung der Staatsfinanzen wirklich die Therapie, die Deutschland braucht? Auch diese Diskussion findet leider nicht statt. Dabei zeigt selbst der

jüngste Bericht der Deutschen Bundesbank dass sich das Defizit des Staates von 1991 bis 2004 nicht groß verändert hat. Damals betrug es 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukt. 2004 waren es 4,3 Prozent und dazwischen schwankte der Wert zwischen 1,8 und 4,5 Prozent. Bis Ende der achtziger Jahre galt ein Staatsdefizit von rund drei BIP-Prozenten in den OECD-Ländern als normal. Man ging davon aus, dass der Staat seine Investitionen zum großen Teil mit Kredit finanziert. Beunruhigend ist also heute der Rückgang der staatlichen Investitionen und nicht das Staatsdefizit.

Völlig außergewöhnlich ist hingegen die Entwicklung bei den Unternehmen und bei den

privaten Haushalten. Unter normalen Umständen erzielen die Haushalte Finanzierungs-Überschüsse. Und normalerweise kann der Unternehmenssektor seine Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren. Er muss bei den Haushalten Kredite auf-

nehmen, erleidet also technisch gesprochen Finanzierungsdefizite.

Es ist also schwer zu

verstehen, warum in Deutschland nur gerade das (einigermaßen normale) Defizit des Staatshaushalts zu reden gibt. Und die Vorstellung, dass der Staat bloß seine Ausgaben senken muss, damit alles wieder in Ordnung kommt, entbehrt jeder intellektuellen Grundlage. Umgekehrt gibt es einen nahe-

»Ist die Sanierung der Staatsfinanzen wirklich die Therapie, die Deutschland braucht?«

liegenden Verdacht, der die vorliegenden Indizien weitgehend erklären kann: Dank der Globalisierung kämpfen die Arbeitgeber derzeit mit den längeren Spieß. Sie drücken die Löhne, die Nachfrage geht zurück. Ein Teufelskreis. Um diesen zu durchbrechen, müsste die Marktmacht der Arbeit gestärkt, statt geschwächt werden. Daraus ergibt sich auch die allgemeine Stoßrichtung einer Vollbeschäftigungspolitik: Der Faktor Arbeit muss gegenüber dem Faktor Kapital gestärkt werden.

Doch weder die SPD noch die CDU/CSU verfolgen konsequent eine solche Politik. Es bleibt also nur eine klitzekleine Hoffnung, dass selbst eine schlechte Politik einen Erwartungsschub auslösen kann. Denn: Wirtschaft hat auch mit Psychologie zu tun. Deshalb sind Wunder immer möglich. ◀



EKO-Stahl Eisenhüttenstadt: Ein Leuchtturm in Brandenburg. »Blühende Landschaften« sind nicht gewachsen.

Foto: transil-Berlin / v. Polentz

Keine Zukunft **D** ohne Aufbau Ost

Nach 15 Jahren Aufbau Ost ist in den neuen Ländern viel erreicht. Aber noch immer liegt die hohe Arbeitslosigkeit wie Mehltau über der Gesellschaft. Der Aufbau Ost bleibt ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft der Bundesrepublik, sagt die IG Metall.

Niedrige Lohnkosten und Deregulierung der Tariflandschaft bringen den sicheren Aufschwung? Dann müsste Ostdeutschland vor blühenden Landschaften strotzen. Beim Aufbau Ost ist höchstens Halbzeit, urteilten die Geschäftsführer der ostdeutschen IG Metall-Verwaltungsstellen auf einer Konferenz im Juli in Berlin. Fakt ist: Es geht vielen Ostdeutschen heute finanziell besser als

1990. Die Einkommen liegen bei 80 Prozent der Westhaushalte. »Straßen und Schienenwege, das Kommunikationsnetz, der Zustand der Umwelt sind so gut wie nie«, sagte Bundesminister Manfred Stolpe (SPD), der im Kabinett auch das Ost-Ressort verantwortet. Wichtige Branchen hätten sich vom D-Mark-Schock erholt: Automobilbau, Maschinenbau, Landwirtschaft, Tourismus und chemische Indus-

trie seien gut aufgestellt, so Stolpe. Inzwischen kämen 40 Prozent der Investoren in den neuen Ländern aus dem Ausland. Vielfach höre er von diesen das Urteil: »Ostdeutschland ist die am meisten unterschätzte Region Europas.«

Jedoch, so hielten ihm die Metaller entgegen, bei der rasanten Transforma-

tion von der Plan- zur Marktwirtschaft sind übermäßig viele Arbeitsplätze verloren gegangen und per Saldo bisher zu wenig neue entstanden.

Das Leben in Ostdeutschland bestimmen Arbeitslosenraten von 18 bis zu 30 Prozent. ABM-Gesellschaften sind in einigen Regionen die größten Arbeitgeber. »Hier muss die Politik gegensteuern, nirgends sind Arbeit und Wachstum flächendeckend so notwendig wie in den neuen Ländern«, sagte Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Kein europäisches Land überlasse dies dem freien Spiel der Marktwirtschaft. »So naiv ist

man nur in Deutschland«, sagte Huber. Niedriglohn-Konzepte und Marktradikalismus bringen Ostdeutschland auf dem Weg zur Angleichung an den Westen nicht weiter. Notwendig sind die

weitere gezielte Wirtschaftsförderung, damit industrielle Kerne wachsen können. Wichtig seien ebenso eine industrienähe Forschung für innovative Verfahren und neue Produkte sowie eine qualitätsbewusste Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmer. ◀

Manfred Stolpe

»Ostdeutschland ist die am meisten unterschätzte Region Europas.«

Manfred Stolpe

Nachgefragt . . .



Foto: FM

... bei Olivier Höbel, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen

metall: Sind Extra-Treffen zum Thema Ost noch zeitgemäß?

Höbel: Ja. Seit 1990 ist hier das Exerzierfeld neoliberaler Wirtschaftspolitik. Alle Probleme sind dramatischer als im Westen.

metall: Was ist das schlimmste?

Höbel: Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie im Westen.

Mit diesem Erpressungspotenzial werden Arbeitnehmer zum Verzicht auf demokratische Rechte und auf Tarifleistungen gedrängt. Die negativen Aspekte der Hartz-Reformen treffen Arbeitslose hier am stärksten. **metall:** Also bleibt der »Aufbau Ost« eine Daueraufgabe?

Höbel: Ja. Eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung im Osten liegt im Interesse des ganzen Landes. Nur so kann die volkswirtschaftliche Belastung durch den Aufbau Ost sinken. ◀

Diskutiert mit!

► Grundsätze und Vorschläge der IG Metall für ein **»Zukunftsprogramm Ost«**: www.igmetall.de/download/wirtschafts-steuerpolitik/diskussionspapier_zukunftsprogramm_ost.pdf



